



99082013056000

Rechtsanwaltschaft, Berufsausübung als Rechtsanwalt / Rechtsanwältin bei Tätigkeit im öffentlichen Dienst gestatten

Heruntergeladen am 18.06.2025 https://fimportal.de/xzufi-services/6004757/L100009

Modul	Sachverhalt
Leistungsschlüssel	99082013056000
Leistungsbezeichnung I	Rechtsanwaltschaft, Berufsausübung als Rechtsanwalt / Rechtsanwältin bei Tätigkeit im öffentlichen Dienst gestatten
Leistungsbezeichnung II	Rechtsanwaltschaft, Berufsausübung als Rechtsanwalt / Rechtsanwältin bei Tätigkeit im öffentlichen Dienst gestatten
Typisierung	2/3 - Bund: Regelung (2 oder 3), Land/Kommune: Vollzug
Quellredaktion	Sachsen
Freigabestatus Katalog	unbestimmter Freigabestatus
Freigabestatus Bibliothek	unbestimmter Freigabestatus
Begriffe im Kontext	
Leistungstyp	





Modul	Sachverhalt
Leistungsgruppierung	
Verrichtungskennung	
SDG-Informationsbereich	
Lagen Portalverbund	
Einheitlicher Ansprechpartner	
Fachlich freigegeben am	
Fachlich freigegen durch	
Handlungsgrundlage	• § 47 Absatz 1 Satz 2
Teaser	Grundsätzlich ist die gleichzeitige Tätigkeit einer Rechtsanwältin oder eines Rechtsanwalts im öffentlichen Dienst berufsrechtlich nicht gestattet und führt zum Verlust der Anwaltszulassung.
Volltext	Grundsätzlich ist die gleichzeitige Tätigkeit einer Rechtsanwältin oder eines Rechtsanwalts im öffentlichen Dienst berufsrechtlich nicht gestattet und führt zum Verlust der Anwaltszulassung. Von dieser Regel enthält die Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) eine Ausnahme: • Soweit die berufliche Tätigkeit im öffentlichen Dienst als Richter/-in, Beamter/Beamtin, Soldat/-in und Angestellter/Angestellte zeitlich befristet ist, bleibt die Zulassung aufrechterhalten, während • für Berufsträger und Berufsträgerinnen eine Vertretung bestellt wird oder ausnahmsweise gestattet bleibt, im Beruf als Rechtsanwalt/Rechtsanwältin weiterhin zu praktizieren. Für dieses Verfahren können Sie den Service des Einheitlichen Ansprechpartners in Anspruch nehmen. Dieser begleitet Sie durch das Verfahren, übernimmt für Sie die Korrespondenz mit allen für Ihr Anliegen zuständigen Stellen und steht Ihnen als kompetenter Berater zur Seite.
Erforderliche Unterlagen	Stellenbeschreibung und Nachweis der Befristung durch geeignete Unterlagen (Beispiel: Ablichtung des Arbeitsvertrages)





Modul	Sachverhalt
Voraussetzungen	 die oder der Antragstellende ist Mitglied der Rechtsanwaltskammer Mitteilung einer anderweitigen, zeitlich befristeten Tätigkeit im öffentlichen Dienst unter gleichzeitiger, präziser Definition des Tätigkeitsprofils und der Tätigkeitsbedingungen (formlos) Antrag (formlos), den Beruf des Rechtsanwalts / der Rechtsanwältin weiter ausüben zu dürfen Die Gestattung der anwaltlichen Tätigkeit gefährdet nicht die Interessen der Rechtspflege.
Kosten	Verfahrenskosten: keine
Verfahrensablauf	Ihren Antrag reichen Sie über das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) ein. Die Antragstellung über Amt24 ist nicht möglich. Nach Eingang des formlosen Antrages auf Gestattung der anwaltlichen Tätigkeit, prüft die Rechtsanwaltskammer die Voraussetzungen. In der Geschäftsstelle der Rechtsanwaltskammer wird geprüft, ob eine Gleichwertigkeit des Berufsabschlusses vorliegt. Sie erhalten einen Bescheid der Rechtsanwaltskammer.
Bearbeitungsdauer	 bis zu 3 Monate nach Einreichung der erforderlichen Dokumente und Daten
Frist	keine
weiterführende Informationen	
Hinweise	
Rechtsbehelf	Klage beim Anwaltsgerichtshof (Näheres zum Ablauf im Bescheid)
Kurztext	
Ansprechpunkt	
Zuständige Stelle	
Formulare	
Ursprungsportal	